



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens, Nr. 7

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 7

Verantwortlich: Dr. Max Hildebert Boehm

Schriftleitung: Bromberg, Belgienplatz 1 III

Fernruf Nr. 321

23. April 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Die wirtschaftliche Bedeutung der Provinz Posen für das Reich. Das deutsche Birnbaum. Das Deutschthum in Stadt und Kreis Rawitsch. Die Armee Haller und die Danziger Frage. Königsberger Kundgebung gegen Abtretung deutschen Landes an Polen.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die wirtschaftliche Bedeutung der Provinz Posen für das Reich

Einst klang es durch die deutschen Lande: „Nach Ostland wollen wir reiten“ — es waren die Jahrhunderte, in denen deutsche Bauern, deutsche Bürger in dichten Scharen ihre Wohnstätten, die ihnen zu eng geworden waren, verließen und dießseits der Elbe sich eine neue Heimat suchten. Im zwölften Jahrhundert setzte diese Wanderung ein. Ende des vierzehnten Jahrhunderts war das Land bis zur Oder im wesentlichen besetzt und in den wehrhaften Weichselstädten eine Vorpostenlinie deutscher Besatzung bis in die Weichselgegend vorgeschoben. Zu jener Zeit entstanden im Lande Posen die meisten der jetzt noch vorhandenen Städte, voran Gnesen (vor 1243), Powidz, Meseritz, Kottbusch, Hohensalza, die deutsche Stadt Posen (1253), Graustadt, Schrimm, Rogasen, Samter, Gostyn usw., später Bromberg (1348) u. a., denen polnische Herrscher deutsches (Magdeburger) Stadtrecht verliehen. Diese vielleicht großartigste Kolonisation aller Zeiten war eine vom einheitlichen Willen und Gefühl des ganzen deutschen Volkes getragene Bewegung. Ritter und Mönch, Bauer und Städter gleichmäßig umfassend, steckte sie sich sowohl ideale wie wirtschaftliche Ziele und fand in beiden ihre Rechnung. Nicht nur gewann damals das deutsche Volk den Raum in Mitteleuropa, dessen es bedurfte, um zu seiner jetzigen Größe und Geltung zu gelangen. Es zog auch reiche Vorteile aus den kolonisierten Gebieten, deren Ertragnisse es verdoppelte und im Austausch mit den eigenen Erzeugnissen und denen der übrigen Welt sich nutzbar machte.

Die Verschiebung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse durch die Entdeckung des Seeweges nach Indien und von Amerika änderte die Stellung der deutschen Wirtschaft zum Osten. Handel und Gewerbe verfielen und damit lockerten sich auch die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der deutschen Städte in Posen zum deutschen Kernlande. Die Bauern, ihres Rückhalts an den Städten beraubt, gerieten unter die Hörigkeit des polnischen Adels. Der Friede von Thorn (1466) war der äußere Ausdruck des deutschen Niedergangs. Seit dieser Zeit hört der Nordosten auf, eine Rolle im Gesamtleben des deutschen Volkes zu spielen. Zwar erlebte die Provinz Posen nach dem Dreißigjährigen Kriege eine zweite deutsche Einwanderung in die allmählicher Polonisierung anheimfallenden Städte und in ihrem Gefolge auch den Zuzug zahlreicher bauerlicher Ansiedler,

Mitteilungen

zumal in das Netzetal und in die Kreise Bromberg und Hohenfalsa. Rawitsch, Schwertzenz, Grätz, Schlichtingsheim, Unruhstadt und andere Städte, an vierhundert Dörfer wurden gegründet. Aber diese neue Welle deutscher Einwanderung war keine Lebensäußerung der Gesamtnation. Sie kam aus den angrenzenden Provinzen Schlesien und Brandenburg und aus Holland. Sie wurde in das Land getragen, fast ohne daß die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit davon Notiz nahm. So ist es im großen und ganzen bis heute geblieben. Wohl zog die Neukolonisierung des großen Königs in ihrer Genialität die Aufmerksamkeit des zeugenöflichen Europas auf sich, aber das innere Verhältnis Deutschlands zu seinem Osten wurde dadurch nicht geändert, auch nicht durch das Werk der Ansiedelungskommission, die bis zum Jahre 1909 zehntausend neue Bauernstellen schuf, dazu aber nur ein starkes Drittel aus dem Westen des Reiches herbeizuziehen vermochte.

Erst der Weltkrieg mit seinen wirtschaftlichen Erfahrungen hat hier Wandel geschaffen. Er hat gezeigt, welche wichtige Rolle der Osten im Haushalt der Nation spielt. Posen ist mit den übrigen östlichen Provinzen vorwiegend ein Agrarland. 54,1 Prozent seiner Bevölkerung nähren sich von der Landwirtschaft und den ihr verwandten Berufen. Während aber von der Bevölkerung Deutschlands in Posen nur 3,23 Prozent auf 5,36 Prozent der Fläche des Deutschen Reiches leben, erzeugt die Provinz von der Gesamtproduktion des Reiches an Weizen 4 Prozent, an Roggen 11,3 Prozent, an Gerste 8,4 Prozent, an Hafer 3,8 Prozent, an Kartoffeln 10,4 Prozent, an Zucker 13,6 Prozent. Aus dem Vergleich dieser Ziffern ergibt sich die große Bedeutung Posens als Überschußgebiet für das Deutsche Reich. Dieser Überschuß steigert sich in einzelnen Kreisen bis zu zwei Dritteln ihrer gesamten Brotkornernte. Bei den Kartoffeln und Zuckerrüben ist er noch größer. Dieser ganze Überschuß kommt bisher ausschließlich dem industriellen und stark bevölkerten Mittel- und Westdeutschland zugute, dessen agrarische Ergänzung die wie eine Spitze sich an ihr Gebiet heranschleibende und durch westwärts laufende Wasserwege mit der Oder in Verbindung stehende Provinz Posen bildet. 1913 gingen aus der Provinz Posen auf der Eisenbahn etwa 870 000 Tonnen, daneben bereits 1908 auf den Binnenwasserstraßen 150 000 Tonnen Agrarprodukte nach den übrigen Teilen Deutschlands. Auch nach den weipreußischen Häfen werden viele tausend Tonnen Posenscher Agrarprodukte jährlich zur Verschiffung nach Deutschland gebracht. Von der Ernte 1917 wurden nicht weniger als 331 521 Tonnen Brotgetreide, 45 719 Tonnen Gerste und Hafer und 181 415 28 Zentner Kartoffeln — 15 Prozent der Gesamtlieferung an das Deutsche Reich abgegeben. Ebenso bedeutend ist die Ausfuhr von Saatgut. Allein an Saatkartoffeln sind von der Ernte 1918 bisher 3,3—3,4 Millionen Zentner nach West- und Süddeutschland befördert worden. Auch an Schlachtvieh hat die Provinz in der Zeit vom 1. September 1917 bis 31. August 1918 335 340 Stück = 7,6 Prozent der gesamten in Preußen abgelieferten Menge aufgebracht. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie zeigen aber auch deutlich, welche ungeheure Wichtigkeit der Provinz Posen beim Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft zukommt. Um seine Hauptindustrie wieder in Gang und auf die Höhe zu bringen, bedarf Deutschland Baumwolle, Erze, Fette und andere Rohmaterialien in ungeheurer Menge, die es in der Hauptsache nur von Übersee beziehen kann. Je weniger es auf die Einfuhr von Brotgetreide und Futtermitteln angewiesen ist, desto mehr Schiffsraum wird ihm zur Verfügung stehen. Daß es die erforderlichen Rohmaterialien gleich im Beginn des Wiederaufbaues in ausreichender Menge erhält, ist entscheidend dafür, ob Deutschland jemals wieder seine alte Selbständigkeit im Wirtschaftsverkehr der Völker erringen wird. Es muß schon um seiner Zukunft willen darauf bedacht sein, seinen Bedarf an Nahrungsmitteln, soweit als irgend angängig, aus dem eigenen Lande zu befriedigen. Posen ist die Provinz, die vor allem diese Aufgabe im Reich zu erfüllen hat. Ihr Verlust mußte die dauernde Verkümmernng des deutschen Wirtschaftslebens zur Folge haben.

Das deutsche Birnbaum

Der Kreis Birnbaum im nordwestlichen Teile der Provinz Posen enthält die beiden Städte Birnbaum und Zirke, 31 Güter und 59 Landgemeinden. Die Einwohnerzahl beträgt etwa 21 000—29 000 Seelen.

Der preussischen Verwaltung und dem preussischen Staat verdanken Stadt und Kreis Birnbaum ausschließlich ihre gegenwärtige hohe Kultur und wirtschaftliche Blüte. Beim Übergang an Preußen 1793 befand sich der Kreis in einem jammervollen Zustande von Unkultur und Mißwirtschaft. Nur die deutschen Tuchmacher in den beiden Städten Birnbaum und Zirke lebten in Wohlstand. Alle damals in Birnbaum bestehenden Zünfte haben in ihren Stiftungsurkunden deutschen Wortlaut. Schlimm sah es auf dem flachen Lande aus, über das polnische Gutsherren geboten. Die Häuser waren nur Hütten, der Viehbestand in schlechtester Beschaffenheit, die Wege in größter Unordnung, die Wälder verwüstet. Nur der westliche Teil des Kreises Birnbaum machte eine rühmliche Ausnahme. Diesen Teil mit Einschluß der Stadt Birnbaum, den Vororten Lindensadt und Großdorf und mehreren Dörfern hatte bereits im Jahre 1597 der deutsche und evangelische Christoph von Unruh erworben. Er und seine Nachkommen hatten die Herrschaft Birnbaum zu einem ganz deutschen Besitztum gemacht.

Den nordöstlichen Teil des Kreises Birnbaum bildet die Herrschaft Zirke. Diese Herrschaft, von der die Stadt Zirke schon damals überwiegend deutsch und die Dörfer Neuzattum, Eichberg, Schönwald, Treuenwalde, Tuchollen, Ratschlin und Grabitz rein deutsch waren, erwarb im Jahre 1832 der preussische Fiskus, der sie noch heute besitzt.

In den letzten hundert Jahren entwickelte sich der Kreis Birnbaum zu großer Blüte, wovon der zuletzt für die Jahre 1888 bis 1904 erstattete Verwaltungsbericht des Landratsamts ein deutliches Bild abgibt. Auf Seite 4 dieses Verwaltungsberichts ist ausdrücklich anerkannt: „Der Muttersprache nach besteht die Mehrzahl aus Deutschen. Im Osten und Süden wohnen Polen, die jedoch fast ausnahmslos auch der deutschen Sprache mächtig sind.“

Auch heute noch ist der Kreis Birnbaum ganz überwiegend ein deutscher Kreis.

Die Stadt Birnbaum ist seit urdenklichen Zeiten deutsch, von Deutschen gegründet und bis heute eine deutsche Stadt geblieben. Dr. Werner Reinhold sagt in seiner 1848 erschienenen Chronik: „Die Stadt Birnbaum bekam um 1200 deutsche Einwohner.“ Radtke schreibt in seiner 1910 erschienenen Jubiläumsschrift: „Im Jahre 1400 ist der Ort sicherlich schon eine Stadt. Er heißt „oppidum Mezichod“ — also Stadt Mezichod in Ter. Posn. 1400 Blatt 3 (Staatsarchiv zu Polen). Dieser Umstand läßt darauf schließen, daß das Deutschtum sich in dem polnischen Orte damals schon eine angesehene, ja führende Stellung zu erringen gewußt hatte. Und das machte sich besonders auch darin geltend, daß die Deutschen dem polnischen Orte Wiedzychod bald nach jener Zeit — also um das Jahr 1400 — den deutschen Namen Birnbaum, welcher in gar keiner sachlichen Beziehung zu „Wiedzychod“ steht, — Wiedzychod heißt Zwischenweg — aufzuprägen vermocht haben. Der Ort ist zu einer deutschen Stadt gemacht worden durch einen der großen Ansiedlungszüge, welche schon vom 11. und 12. Jahrhundert an ins Polenreich kamen, um sich hier eine neue Heimat zu gründen.“

Birnbaum und seine Umgebung ist noch heute weit überwiegend, fast ausschließlich deutsch.

Birnbaum Stadt und die westlich der Demarkationslinie gelegenen Orte zählen nach der amtlichen Volkszählung 9989 Personen, davon 8437 mit deutscher, 1552 mit polnischer Muttersprache, davon in der Stadt Birnbaum 5274 Personen, und zwar 4525 deutscher und 749 polnischer Zunge. Die Einwohner-

zahl des gesamten Kreises einschließlich des besetzten Gebietes betrug am 1. Dezember 1910: 28 887, davon haben als Muttersprache angegeben: a) die deutsche 14 333, b) die polnische 14 513, c. andere 41.

Diese Zahlen der deutschen und polnischen Bevölkerung halten sich die Waage, wobei jedoch zu berücksichtigen bleibt, daß noch im Jahre 1904 in dem Verwaltungsbericht des Kreises Birnbaum gesagt werden konnte, daß die Zahl der Deutschen im Kreise die überwiegende sei. Erst in den letzten Jahren ist durch Abwanderung deutscher Arbeiterbevölkerung nach den westlichen Industrieorten und durch polnischen Nachzug das jetzige Zahlenverhältnis entstanden. Das Schwerkgewicht schlägt jedoch sofort erheblich zugunsten des Deutschtums über, wenn Besitz, steuerliche Leistungen und kulturelle Verhältnisse zum Vergleich herangezogen werden, wie die nachfolgenden Angaben überzeugend beweisen:

1. Stadt Birnbaum. Überwiegend deutscher Grundbesitz. Die Zahl der Wohnhäuser der Stadt Birnbaum beträgt 488; davon sind 453 = 92,8 Prozent mit 11 052 Mark Gebäudesteuer in deutschem Besitz. Von dem unbebauten Grundbesitz der Stadt sind 1421 Hektar = 99,8 Prozent in deutschem und nur 3 Hektar = 0,2 Prozent in polnischem Eigentum.

2. Unbesetzter Teil des Kreises Birnbaum. Hier stellt sich das Verhältnis so, daß sämtlicher Grundbesitz, nämlich 23 813 Hektar = 99,99 Prozent in deutschem und nur 3 Hektar = 0,01 Prozent in polnischem Besitz sich befinden.

3. Ganzer Kreis Birnbaum. Von 64 378 Hektar Gesamtareal befinden sich 52 057 Hektar in deutschem und nur 12 231 Hektar in polnischem Besitz. Also über 80 Prozent in deutschem Besitz.

Das Deutschtum ist in Industrie und Gewerbe in führender Stellung, sowohl in Zahl als in Bedeutung. Von 533 Hauptbetrieben der Stadt Birnbaum waren 482 = 90,4 Prozent in deutschem und nur 51 = 9,6 Prozent in polnischen Händen. Die polnischen Betriebe sind nur solche kleiner Handwerker und Krämer, die erst in den letzten Jahren eingewandert sind.

Die Deutschen brachten fast allein die Steuern auf. An Einkommensteuer zahlten die Deutschen in der Stadt Birnbaum 98,6 Prozent, die Polen 1,4 Prozent; im Kreise Birnbaum die Deutschen 84,8 Prozent, die Polen 15,2 Prozent; an Gewerbesteuern in Stadt- und Landkreis Birnbaum die Deutschen 95,9 Prozent, die Polen 4,1 Prozent. Die Deutschen haben das kulturelle Übergewicht. Wohlfahrtseinrichtungen, ein hochentwickeltes Schulwesen, die Anlage von Straßen und Bahnhöfen, Regulierung der Warthe, soziale und industrielle Einrichtungen aller Art — all das ist die Arbeit der Deutschen.

Aus all dem Angeführten ergibt sich, daß

der ganze Kreis Birnbaum überwiegend deutsch ist:

Sein Besitz und seine Bildung, sein Handel und sein Verkehr, seine Kultur und seine Steuerkraft sind fast ausschließlich deutsch. Auch die polnischen Bewohner des Kreises Birnbaum sind der Ansicht, daß der Kreis unzweifelhaft deutsches Land ist. Sie verlangen in ihrer Mehrzahl keine Loslösung vom Reich. Zahlreiche polnische Bauern und Arbeiter haben die Segnungen unserer Kultur erkannt und wiederholt erklärt, daß sie lieber beim Deutschen Reiche verbleiben, als einem polnischen Staatswesen angehören wollen.

Birnbaum ist deutsch und will deutsch bleiben!

Das Deutschtum in Stadt und Kreis Rawitsch

Der Kreis Rawitsch bildet einen nach Süden in die Provinz Schlesien hineinspringenden Zipfel der Provinz Posen. Der ganze Charakter dieses Landstriches ist schlesisch und nicht polnisch. Die deutschen Bewohner sprechen den schlesischen Dialekt und neigen in Sitte und Kultur ausschließlich zu Schlesien.

Die Kreisstadt Rawitsch in der südwestlichen Ecke des Kreises, 2½ Kilometer von der schlesischen Grenze gelegen, war von jeher eine ferndeutsche Stadt und will es bleiben.

Die Stadt Rawitsch wurde zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges im Jahre 1639 gegründet von protestantischen Ansiedlern aus Schlesien, die ihres Glaubens wegen verfolgt aus der Heimat abgewandert waren. Im Laufe der Jahrhunderte hat sie trotz schwerer Heimsuchungen sich ihr Deutschtum treu bewahrt. Mehrere Male im Verlauf der Geschichte standen die Bürger, gedrängt durch die Not der Zeit, vor dem Entschluß, die Stadt aufzugeben und wieder nach Schlesien zurückzuwandern. Doch die Liebe zu dem ererbten oder erarbeiteten Besitz ließ sie jedesmal diesen Gedanken wieder aufgeben. Sie hielten aus und blieben; und auch das heutige Geschlecht wird allen Stürmen Trotz bieten und treu zu seiner Scholle halten.

Bürgermeister, Ratsherren und Schöffen in Rawitsch waren stets Deutsche. Die noch vorhandene Bürgerrolle, die vom Gründungsjahr bis zur zweiten polnischen Teilung, durch die Rawitsch an Preußen kam, fortgeführt ist, enthält nur deutsche Namen.

Unter den polnischen Grundherren hat die Stadt, abgesehen von den ersten Jahrzehnten, keine glücklichen Zeiten erlebt, da diese Herren die Stadt als ein Ausbeutungsobjekt betrachteten und die Ursache wurden, daß sie sich in ungeheure Schulden zu stürzen gezwungen war. Besonders der letzte Grundherr Graf Mysielski zog Rawitsch in schwere finanzielle Bedrängnisse hinein, in dem er es im Jahre 1776 zwang, Bürgerschaft für seine ungeheuren Schulden zu übernehmen. Infolgedessen kam es späterhin soweit, daß die Stadt für die Schulden ihres Grundherrn gepfändet werden sollte. Rawitsch hat dann einen regelrechten Bankrott erlebt und als im Jahre 1839 die Konkursmasse ausgeschüttet wurde, erlitten die Gläubiger einen Ausfall von 335 000 Talern. Die Folge davon war, daß die Stadt Rawitsch bis zur Verjährungsfrist — 50 Jahre lang bis 1890 — kein Eigentum erwerben konnte, was für sie ein unermeßlicher Schaden war.

Das war die Folge der polnischen Wirtschaft. Unter Preußens Herrschaft ist Rawitsch kräftig emporgeblüht.

Erst in den letzten Jahrzehnten haben sich in Rawitsch auch Polen niedergelassen, so daß die Stadt jetzt nicht mehr so rein deutsch ist, wie in den verfloßenen Jahrhunderten. Immerhin sind von den 11 525 Einwohnern, die die Stadt nach der Volkszählung von 1910 hatte, nur 1661 polnischer Nationalität.

Rawitsch ist also zu 86 Prozent deutsch.

Der deutsche Charakter der Stadt prägt sich am besten in folgenden Zahlen aus:

Von 973 Bohngrundstücken sind nur 95 in polnischer Hand, das ist weniger als 10 Prozent. Von 1097 Hektar unbebauter Grundfläche sind nur 100 Hektar in polnischem Besitz, das ist etwa 9 Prozent.

An Gebäudesteuern wurden gezahlt 24 339 Mark von deutschen, 1776 Mark von Polen; also noch nicht 7 Prozent.

Gewaltig ist der Unterschied bei der Einkommensteuer. An Einkommen über 3000 Mark wurden gezahlt:

von 308 Deutschen	64 987 Mark,	
von 14 Polen	1 788 „	— 2,6 Prozent.

An Einkommen unter 3000 Mark;

von 969 Deutschen	19 625 Mark,	
von 123 Polen	1 747 „	— 9 Prozent.

Im deutschen Besitz befinden sich 55 industrielle Anlagen, in polnischem Besitz eine einzige. Deutsche Handwerker sind 272 vorhanden, polnische 43; das ist 12½ Prozent. Von Angestellten und Arbeitern sind deutsch 804, polnisch 133, das ist 14 Prozent.

Am Jahreschluß 1918 hatte das Rawitscher Gymnasium 234 Schüler; davon waren 34 polnisch, das ist 14 Prozent. Die höhere Mädchenschule wird von 237 Schülerinnen besucht, wovon 11 polnischer Muttersprache sind, das ist 4½ Prozent. Ebenso sind von den Rawitscher Knaben, die die Bürgerschule besuchen, nur 7 Prozent polnischer Nationalität.

Bemerkt sei noch, daß das Wasserwerk der Stadt Rawitsch auf schlesischem Boden liegt, was bei einer Änderung der Landesgrenze verhängnisvoll wäre.

Fast rein deutsch, wie die Kreisstadt Rawitsch, sind auch die Städte Bojanowo und Sarne.

Von den 2290 Einwohnern der Stadt Bojanowo sind nur 257 polnisch, also knapp 11 Prozent. Die Stadt Sarne hatte nach der Volkszählung von 1910 von 1293 Einwohnern nur 245 Polen, das ist 19 Prozent. In den beiden östlich gelegenen Städtchen Görchen und Zutroschin überwiegt zwar das polnische Bevölkerungselement, doch hat Görchen immerhin 34 Prozent und Zutroschin 42 Prozent deutsche Einwohner. Ebenso wie in Rawitsch, handelt es sich hier um ein bodenständiges, nicht um ein zugewandertes Deutschtum, denn alle diese Städte sind in früheren Jahrhunderten von deutschen Kolonisten gegründet worden. Das Deutschtum ist mithin ebenso alt wie diese Städte selbst. Die Polen dagegen sind zugewandert, was auch schon aus der Tatsache hervorgeht, daß es im alten Polenreiche ein selbständiges polnisches Bürgertum gar nicht gegeben hat.

Von den 50 240 Einwohnern des Kreises sind zwar nur 21 260 deutscher Nationalität, das ist 42 Prozent, doch wohnen die Deutschen durchweg in geschlossenen Siedlungsgebieten längs der Westgrenze des Kreises in Fühlung mit dem Kreise Gubrau, oder im Osten um Zutroschin in Fühlung mit dem Kreise Militsch. Der ganze Westen des Kreises ist bis zu der Linie Jawada-Gußwitz-Mitgulle-Gerlach-Konarzewo-Karolinental-Dombrocnafluß-Wiesenbach-Neudorf bis auf den Bezirk des Rittergutes Saszczyń rein deutsch. Dieses Gebiet ist auch von den Deutschen in schwersten Kämpfen gegen den Ansturm der Polen gehalten worden. Nur Jawada und Karolinental sind augenblicklich von den Polen besetzt.

Was wir Deutsche mit Einsatz unseres Lebens um den Preis blutiger Opfer verteidigt haben, kann uns keine Macht der Welt wieder absprechen.

Die deutschen Einwohner dieses Westteils des Kreises haben, abgesperrt von der Landeshauptstadt, am 3. und 4. Januar dieses Jahres ihren Anschluß an die Provinz Schlesien erklärt.

Es geschah dies sowohl in öffentlichen Versammlungen, die von tausenden deutscher Männer und Frauen besucht waren, als auch durch Beschluß der Stadtverordnetenkollegien oder der Gemeindevertretungen. Dieser Anschluß an Schlesien ist vom Oberpräsidium und Zentralrat in Breslau anerkannt worden.

Durch Volksbeschluß hat sich also dieser Teil des Kreises Rawitsch von Polen losgesagt; doch auch die Deutschen im östlichen Teile des Kreises wünschen zur Provinz Schlesien geschlagen zu werden.

Stehen sie auch an Zahl gegenüber den dort sesshaften Polen zurück, so ist doch auch dieser Teil des Kreises, wenn man neben den Bevölkerungsverhältnissen den städtischen und ländlichen Grundbesitz, die Steuererträge, die wirtschaftlichen und kulturellen Werte zugrunde legt, als deutsch anzusprechen.

Folgende Zahlen beweisen dies:

a) Einkommensteuer:

die 2567 dazu veranlagten Deutschen zahlten . . . 201 622 Mark,
die 1521 dazu veranlagten Polen zahlten 93 408 „ ;

b) Ergänzungssteuer:

die 1380 dazu veranlagten Deutschen zahlten . . . 28 337 Mark,
die 995 dazu veranlagten Polen zahlten 19 472 „ ;

c) Gewerbesteuer:

die 459 dazu veranlagten Deutschen zahlten . . . 20 806 Mark,
die 136 dazu veranlagten Polen zahlten 3 074 „ .

Im Kreise Rawitsch gibt es 194 gerichtlich eingetragene Handelsfirmen, davon sind 159 deutsch und nur 35 polnisch.

Die Geldinstitute von Bedeutung befinden sich außer der polnischen Genossenschaftsbank Ludowy alle in deutscher Hand, ebenso wie sämtliche Aktien der Biegnitz-Rawitscher Eisenbahn, die als Kreisbahn mit den Flügelstrecken Görchen-Pakoswalde und Görchen-Gostyn von außerordentlicher Bedeutung ist.

Das wirtschaftliche Leben des Kreises beruht auf dieser Bahn, die augenblicklich unterbrochen ist. Die Betriebsleitung hat ihr rollendes Material vor Ausbruch der Kämpfe zurückgeholt und wird es nicht eher wieder in Dienst stellen, bis die polnischen Truppen aus dem Kreise zurückgezogen sind, so daß sie die Sicherheit hat, ihr Material nicht zu verlieren.

Auch sonst ist das Wirtschaftsleben des Kreises völlig abhängig von dem Westteil mit seinen Städten, von der Breslauer Bahn und dem schlesischen Hinterland. Dies zeigt sich auch bei der Genossenschaftszuckerfabrik Görchen, deren Anteile zum weitaus größten Teil in deutschem Besitz sind, und deren Genossenschaftler teilweise in Schlesien wohnen.

Die kulturelle Überlegenheit der Deutschen braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

Es ist daher voll berechtigt, wenn die Deutschen des Kreises Rawitsch als natürlichste Demarkationslinie die Nordgrenze des Kreises verlangen, zumal diese Linie die geradeste Verbindung nach Zduny-Krotoschin ist und den durch den Kreis Rawitsch gebildeten keilförmigen Vorsprung abschneidet.

Es sei noch hervorgehoben, daß im Kreise Listen gesammelt und an das Auswärtige Amt in Berlin geschickt wurden, mit etwa 10 000 Unterschriften von deutschen Kreiseinsassen im wahlfähigen Alter, worin die Unterzeichneten erklären, daß sie bei Preußen und beim Deutschen Reiche bleiben wollen.

Diese Forderung wurde wiederholt in Volksversammlungen und Massenfundgebungen bekräftigt und der deutschen Reichsregierung durch Telegramme übermittelt, so am 8. Dezember 1918, am 3. Januar 1919, am 26. Februar 1919.

In Anbetracht aller dieser Tatsachen halten die Deutschen im Kreise Rawitsch es für selbstverständlich, daß sie beim Deutschen Reiche bleiben und fordern von der Reichsregierung, daß sie energisch dafür eintritt.

Die Armee Haller und die Danziger Frage

Wir geben nachstehend einen kurzen Überblick über die kritischen Wochen, in denen die Frage des Durchzugs der Truppen des Generals Haller zur Entscheidung gekommen ist. Die Entente stützte sich bei ihrem Verlangen, die Armee Haller in Danzig landen zu lassen, auf den Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages. Dieser Artikel lautet:

„Die Alliierten sollen freien Zugang zu den von den Deutschen an ihren Ostgrenzen geräumten Gebieten haben, sowohl über Danzig als auch über die Weichsel, um die Bevölkerungen dieser Gebiete versorgen zu können und zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ordnung.“

Aus dem Wortlaut des Artikels geht hervor, daß ein Recht auf Landung in Danzig

aus ihm nicht hergeleitet werden kann. Die deutsche Regierung und die Waffenstillstandskommission vertraten von Anfang an diesen Standpunkt, wiesen aber außerdem in steigendem Maße unter dem überwältigenden Druck der Meldungen und Kundgebungen aus der bedrohten Ostmark auf die Gefahren hin, die eine Landung der Truppen in Danzig haben müßten. In ihr akutes Stadium trat die Frage in der ersten Märzwoche.

Die Warschauer interalliierte Kommission hatte am 5. März in Kreuz bei ihrem ersten Zusammentreffen mit der deutschen Kommission zur Regelung der Ostfragen unter Hinweis auf die vorgesehene Landung polnischer Truppen in Danzig die Zulassung einer größeren alliierten Kommission zur

Vorbereitung der Auschiffung und des Weitertransportes der Truppen verlangt:

Auf diese Forderung hin machte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa in der Sitzung vom 7. März in einer Note die Alliierten nochmals dringlich darauf aufmerksam, daß die Landung stärkerer polnischer Kräfte in Danzig zweifellos den Anlaß zu neuem Blutvergießen geben würde. Auch die Lebensmitteltransporte von Danzig nach Polen würden durch die gleichzeitigen Truppentransporte erheblich beeinträchtigt werden. Mit besonderem Nachdruck betonte der deutsche Vorsitzende in der Note, welche schwere Gefährdung der deutschen Ostfront gegenüber den russischen Bolschewisten eintreten würde, wenn die rückwärtigen Verbindungen der deutschen Truppen im Osten gestört würden. Er schlug daher vor, etwaige Transporte polnischer Truppen in erster Linie über Libau zu leiten. In zweiter Linie kämen die ostpreußischen Häfen Memel und Pillau in Betracht. General Rudant versprach, die deutsche Note sofort nach Paris weiterzugeben.

Bei der Fortsetzung der Posener Verhandlungen am 15. März verlangten die alliierten Vertreter rascheste Entscheidung über die Landung der polnischen Division in Danzig und deren Transport nach Polen; andernfalls würde Danzig besetzt werden. Der Vorsitzende der deutschen Kommission protestierte dagegen und erklärte in einer Note, die Danziger Frage gehöre nicht zur Zuständigkeit der Kommissionsverhandlungen und könne nach dem Standpunkt der deutschen Regierung nur in Spaa entschieden werden. Hierauf verlas Botschafter Roulens einen Auftrag der alliierten Regierungen, in Posen über diese Frage zu verhandeln.

In der Vollsitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 19. März teilte Rudant mit, daß die Entente den deutschen Vorschlag ablehne, die polnischen Truppen statt in Danzig, in Königsberg, Memel oder Libau zu landen. Die interalliierte Kommission in Warschau sei vielmehr beauftragt worden, alle Vorbereitungen für die Landung der Truppen in Danzig zu treffen. Die deutsche Regierung werde zu diesem Zweck

ersucht, den Mitgliedern der Kommission die dazu nötige Verkehrsfreiheit einzuräumen.

General v. Hammerstein wies darauf hin, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in vorliegender Frage wiederholt kundgegeben hat. Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 gebe der Entente nicht das Recht, die Landung der polnischen Truppen in Danzig zu fordern. Aber abgesehen von der Auslegung dieses Artikels würde die Landung der polnischen Truppen Unruhe unter der Bevölkerung östlich der Weichsel hervorrufen, was dem Geist dieser Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages widerspreche. Aus zahlreichen Mitteilungen gehe hervor, daß die dortige polnische Minderheit die Landung als Signal betrachten werde, um mit Unruhen und Agitationen zu beginnen. v. Hammerstein fuhr fort:

„Die deutsche Regierung hat mich offiziell ermächtigt, zu erklären, daß sie eine Landung polnischer Truppen in Danzig nicht wünscht. Demgemäß ist es auch nicht erforderlich, daß alliierte Offiziere die Frage dieser Landung in Danzig prüfen. Das Anerbieten der Häfen Memel, Libau, Königsberg bleibt bestehen.“

Rudant erwiderte, die vorgebrachten Gründe für die Ausschaltung Danzigs könnten von den Alliierten nicht angenommen werden. Im übrigen könne diese Frage nicht gleichzeitig in Spaa und Posen behandelt werden. Die interalliierte Kommission in Posen besitze die notwendigen Vollmachten zu ihrer Erledigung, und seine soeben gemachte Mitteilung sei nur die Wiedergabe des Befehls, den die Posener Kommission erhalten habe.

General v. Hammerstein betonte, daß gegenwärtig in Danzig und Westpreußen Ruhe herrsche. Eine Notwendigkeit, in Danzig Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu landen, könne also nicht anerkannt werden. Die deutsche Regierung habe angeordnet, daß sämtliche Fragen betreffend die Landung polnischer Truppen in Danzig durch die Waffenstillstandskommission in Spaa erledigt werden, wie dies Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 vorsieht.

In der Sitzung der Waffenstillstandskommission vom 20. März überreichte Rudant General von Hammerstein eine Note, in der er seine am 19. März mündlich abgegebenen Erklärungen über die Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig schriftlich bestätigte und ergänzte.

Die deutsche Regierung bestreite, wie es in der Note u. a. heißt, auf ihrem Recht, die Anwesenheit nicht von der interalliierten Kommission in Warschau, sondern von der internationalen Waffenstillstandskommission in Spaa behandeln zu lassen. Die deutsche Regierung könne keinesfalls die Landung in Danzig und den Durchzug der polnischen Truppen durch das national gemischte Land zulassen. Nicht nur die Rechtslage spreche in diesem Fall unbedingt zugunsten der deutschen Auffassung, sondern die von den Alliierten geforderte Landung in Danzig würde auch außerdem zu Ergebnissen führen, die zu den von der Entente wiederholt abgegebenen Versicherungen im Gegensatz stehen. Die Entente behauptet, sie wolle in den östlich der Weichsel gelegenen Gebieten ausschließlich die Ordnung erhalten und neues Blutvergießen vermeiden. Die von ihr geforderte Maßnahme würde aber die in diesen Landstrichen jetzt herrschende Ruhe stören, indem das Auftreten der polnischen Truppen zum Versuch gewaltsamer blutiger Unterdrückung der unzweifelhaft deutschen Mehrheit in Westpreußen führen würde.

Unter diesen Umständen könne die deutsche Regierung der Forderung nicht zustimmen, alliierte und polnische Offiziere in den Gebieten östlich der Weichsel unbeschränkt und unbeaufsichtigt reisen zu lassen. Es gebe keinen Paragraphen, der Deutschland dazu verpflichtet. Nach den Erfahrungen, welche die deutsche Regierung bei ihrem früheren Entgegenkommen in einem ähnlichen Falle mit Herrn Paderevski und Oberst Wade gemacht habe, müsse sie jetzt doppelt vorsichtig sein. Die deutsche Regierung sei jedoch bereit, daß Auserkennung zu tun. Sie werde jeden Einzelfall bereitwillig prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Reisen zu bestimmten begrenzten Zwecken ohne Gefahr für die öffentliche Ordnung zugelassen werden können.

Rudant nahm die Note mit der Bemerkung entgegen, er werde sie sofort hoch übermitteln. Die Note habe den Vorzug, klar zu sein, indem sie die deutliche kategorische Ablehnung aller Vorschläge und Forderungen der alliierten und assoziierten Regierungen enthalte. Sie schaffe somit eine tatsächliche Lage, die in entsprechender Weise behandelt werden würde.

Am 26. März abends ging dem Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa folgende Note des französischen Vorsitzenden, des Generals Rudant, zu:

In Übereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Kriegsrates der alliierten und assoziierten Regierungen wird General Rudant in Ausführung der Klausel 16 des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 fordern, daß die Deutschen gestatten, daß die Armee des Generals Gallier, welche ein Teil der alliierten Armeen ist, durch Danzig in Richtung auf Polen frei durchmarschiere mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Deutschen werden sich weiterhin verpflichten, alle Erleichterungen für die vorübergehenden Einrichtungen jeder Art zu geben, die für die durch diesen Hafenplatz marschierenden Truppen notwendig sind. Jede Weigerung, diesen Forderungen zu entsprechen, wird als ein Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen angesehen werden. Infolgedessen bitte ich Sie, von der deutschen Regierung die Vollmachten zu verlangen, die nötig sind, um die Art und Weise der Ausführung dringendst und auf Grund gegenseitigen Verständnisses zu regeln.

gez. Rudant.

Die Antwortnote der deutschen Regierung wurde nach eingehender Beratung im Kabinett und unter Zuziehung der Parteiführer der Nationalversammlung fertiggestellt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, den Alliierten freien Zugang über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches zu gewähren. Bei Abschluß

dieses Vertrages gingen wir jedenfalls davon aus, daß es sich nur um freien Durchzug für alliierte Truppen handeln könne, nicht aber um polnische. Die deutsche Regierung hat sich nicht verpflichtet, freien Zugang für eine polnische Armee über Danzig durch Westpreußen zu geben. In dieser Auffassung sieht die deutsche Regierung sich bestärkt durch die bekannten Vorkommnisse bei der Gewährung freien Geleits für den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski. Herr Paderewski hat unter grober Verletzung der gewährten Gastfreundschaft auf deutschem Boden in Posen das Zeichen zum Aufruhr und Bürgerkrieg gegeben. Bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 sagte er:

„Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden.“

In der gesamten polnischen Öffentlichkeit wird auch die Armee Haller als polnische Armee bezeichnet. Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hat sich zudem die Gesamtlage in Posen, Westpreußen und Danzig völlig verändert. Es würde nach den bekannten Vorgängen in Posen durch eine Landung polnischer Truppen in Danzig die Ordnung in Westpreußen aufs schwerste gefährdet werden. Niemand kann die Verantwortung übernehmen, daß die polnische Minderheit in Westpreußen ruhig bleibt, wenn die Armee Haller in Danzig landet. Nach den der deutschen Regierung täglich zugehenden zahlreichen Kundgebungen der deutschen Mehrheit in Westpreußen muß aber auch damit gerechnet werden, daß die deutsche Mehrheit gegenüber polnischen Angriffen gewaltsamen Widerstand leisten wird. Heute herrscht in diesen Gebieten Ruhe und Sicherheit, wenn aber die geforderte Landung nach dem heutigen Stand der Dinge zum blutigen Kampf in diesen Gebieten führt, so wird außerdem die deutsche Ostfront gegen den russischen Bolschewismus gefährdet. Die geringen deutschen Kräfte, welche die Sowjettruppen zurückhalten, hätten dann im Rücken gleichfalls den Feind und würden zwischen zwei Feuer geraten. Dem Bolschewismus ist dann der Weg nach Westpreußen und Polen frei. Die deutsche Re-

gierung kann nach eingehender Prüfung eine Maßnahme nicht verantworten, die ohne Schaffung ausreichender Garantien den Bürgerkrieg im eigenen Land hervorrufen muß. Dagegen ist die deutsche Regierung nach wie vor bereit, die Landung der Armee Haller in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau mit allen Mitteln zu erleichtern und dadurch die Absicht der Alliierten, die Ordnung in Polen aufrecht zu erhalten, mit allen Kräften zu unterstützen. Die deutsche Regierung erklärt sich ausdrücklich bereit, alle Einrichtungen für die rascheste Landung und die Durchreise der Armee Haller nach Polen zu gewährleisten. Diese Wege führen auch eisenbahntechnisch schneller und ohne jede Störung der Lebensmittelfuhr nach Polen zum Ziele. Um die in der Note von Marshall Koch gewünschten Vollmachten zur Regelung der Art und Weise der Ausführung der Landung auf Grund gegenseitigen Übereinkommens erteilen zu können, ersucht die deutsche Regierung um alsbaldige Mitteilung über folgende Punkte:

1. Zusammensetzung der Armee des Generals Haller und Stärke derselben.

2. Zeitpunkt der Landung der Armee Haller.

3. Angabe der Zeitdauer der Durchbeförderung der Armee Haller bis nach Polen.

4. Welche Gewähr könnten die alliierten und assoziierten Mächte dafür bieten, daß nicht die Armee des Generals Haller oder ein Teil derselben sich an politischen Kundgebungen oder an etwaigen Aufständen der polnischen Minderheit nach dem Vorgang bei der Anwesenheit des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in Posen beteiligt oder solche mit Sicherheit zu erwartenden bedauerlichen Ereignisse hervorruft?

gez. Reichsminister Erzberger.

Unterdessen war an die deutsche Reichsregierung eine Aufforderung gelangt, einen Bevollmächtigten zu persönlichen Verhandlungen über die Streitfrage nach Spaa zu entsenden. Von der deutschen Regierung wurde der Reichsminister Erzberger bevollmächtigt.

Reichsminister Erzberger traf am 2. April gegen 5 Uhr nachmittags in Spaa ein. In

seiner Begleitung befanden sich als Vertreter des Auswärtigen Amtes der Unterstaatssekretär Freiherr Langwerth von Simmern, ferner als Leiter der Zentralstelle des deutschen Grenzschutzes Ost der Major im Generalstabe Freiherr von Willisen, dann der Vorsitzende der Unterkommission für Transportwesen bei der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa Major im Generalstabe von Boettischer, der Oberbürgermeister der Stadt Danzig Sahm, sowie als Vertreter der Waffenstillstandskommission Berlin die Referenten Dr. Hemmer und Dr. Driesen.

Die Verhandlungen fanden am 3. und 4. April statt. Ihr Ergebnis war folgendes Abkommen:

I. Aus dem Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 ergibt sich für Deutschland die Verpflichtung, den Durchmarsch alliierter Streitkräfte über Danzig zuzulassen, und infolgedessen nach der Auffassung der Alliierten auch der Truppen des Generals Haller.

II. die deutsche Regierung hat folgende neue Transportwege vorgeschlagen:

1. von Stettin über Kreuz, Richtung Posen—Warschau,

2. von Pillau—Königsberg und Memel über Rorschen—Lyck—Grajewo,

3. über Koblenz—Gießen—Cassel—Halle—Eilenburg, und über

Frankfurt—Main—Wehra—Erfurt—Leipzig—Eilenburg, dann weiter über Cottbus—Bissa—Kalisch.

III. Die deutsche Regierung gewährleistet die vollkommene Sicherheit dieser Transportwege. Auf der Gegenseite werden Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen könnte.

Die Transporte werden gegen den 15. April beginnen und ungefähr zwei Monate dauern.

Die beförderten polnischen Truppen sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 bestimmt.

IV. Die Durchführung der Transporte wird durch einen Zusatzvertrag zu diesem Protokoll geregelt.

V. Sollten bei dem Transport über die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Verkehrswege ernste Schwierigkeiten entstehen, welche die deutsche Regierung, nachdem sie von den alliierten und assoziierten Regierungen benachrichtigt ist, nicht zu beseitigen vermag, so behält sich Marschall Foch, der Höchstkommandierende der alliierten Armeen, das Recht vor, auf die Transporte zurückzukommen, die im Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November vorgesehen sind, und zwar nach Ausfühungsbestimmungen und mit Garantien, die durch die Internationale Permanente Waffenstillstandskommission festgesetzt sind.

Zu diesem Hauptabkommen wurde folgendes Zusatzabkommen getroffen, das die Einzelheiten des Durchzugs regelt (auszugsweise):

I. Die Transporte werden stattfinden auf einem der folgenden Wege:

a) Koblenz—Kassel—Halle—Frankfurt—Leipzig

Eilenburg—Cottbus—Bissa—Kalisch

b) Stettin—Kalisch

c) Pillau—Königsberg—Rorschen—Lyck—Grajewo.

Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen wird zunächst die Linie a beanspruchen.

Der Beginn der Bewegung wird so bald als möglich, wenigstens 4 Tage vorher, den deutschen Behörden durch Vermittlung der ständigen interalliierten Waffenstillstandskommission im Falle der Verwendung der einen oder der anderen Linie mitgeteilt. Die Transporte können vom 15. April ab beginnen und werden ungefähr zwei Monate dauern.

II. Die Organisation der Transporte im einzelnen wird durch eine gemischte Kommission in Spaa geregelt. Für die Transporte b und c werden Generalstabsoffiziere der alliierten Armeen in Stettin und Königsberg gemeinsam mit den zuständigen deutschen Behörden die Bewegungen regeln.

III. Militärische Maßnahmen: Die Truppen werden in geschlossenen Zügen mit ihrer Munition und ihren Lebensmitteln befördert. Die Soldaten werden ihre Munition nicht bei sich tragen; diese wird viel-

mehr in einem Waggon des Zuges befördert; der Wagen wird plombiert. Die Verbindung zwischen dem technischen Eisenbahnpersonal, dem allein die Wahrnehmung des technischen Dienstes auf den Transportstrecken obliegt, und den Transportführern erfolgt durch Vermittlung von Offizieren der alliierten Armeen, die gleichzeitig die Verbindung zwischen den Truppen und den deutschen Militärbehörden herzustellen haben.

Alle Maßnahmen werden durch das alliierte Oberkommando getroffen werden, um Zwischenfälle zwischen der Truppe und der Bevölkerung zu vermeiden. Die deutschen Behörden werden ihrerseits gegenüber der Bevölkerung alle erforderlichen Polizeimaßnahmen treffen, die geeignet sind, Kundgebungen und Unordnung aller Art zu vermeiden. Aufenthalte von längerer Dauer werden während der ganzen Fahrt eingeschränkt. Die Truppen dürfen nicht die durch besondere Anweisung befohlenen Grenzen verlassen. In den Häfen Stettin und Pillau-Königsberg wird auf den Kais ein Platz abgegrenzt werden, von dem sich die Ausladekommandos nicht entfernen dürfen. Die dem Lebensmittel- und Munitionsnachschub dienenden Transporte laufen über Stettin.

IV. Technische Maßnahmen: Die Transporte werden grundsätzlich durch Züge in der einheitlichen Zusammenfassung von 50 Wagen (100 Achsen) ausgeführt. Das rollende Material wird auf der Linie a von den

Alliierten, auf den Linien b und c von Deutschland gestellt. Die zur Verladung in die Eisenbahn in den Häfen erforderlichen Materialien werden von Deutschland geliefert. Die nötigen Lokomotiven werden auf den von deutschem Personal betriebenen Strecken von Deutschland geliefert; Kohlen und Schmiermittel werden von Deutschland geliefert. Das Zugpersonal wird auf den von deutschem Personal betriebenen Strecken von Deutschland gestellt.

V. Bezahlung: Deutschland werden die Transportkosten entsprechend den in Kraft befindlichen Militärrisiken der deutschen Eisenbahnen, die Gesamtsumme der auf ausdrückliche Forderung der Alliierten wirklich erfolgten Ausgaben aus Anlaß des von Deutschland durchgeführten Transports, der Wert der von den Truppen verursachten Schäden vergütet.

Damit wurde die erste dringende Gefahr behoben. In diesem Ergebnis hat das einmütige Zusammenstehen aller Deutschen der Ostmark den Hauptanteil. Größte Wachsamkeit ist aber weiter vonnöten, da in dem Artikel 5 des Abkommens der Entente eine höchst gefährliche Waffe zur Verfügung steht.

Über die Fülle der deutschen Kundgebungen auch nur auszugeweiht zu berichten, ist unmöglich. Pressestimmen zur Danziger Frage, insbesondere polnische, bringen wir in der nächsten Nummer der „Mitteilungen“.

Königsberger Kundgebung gegen Abtretung deutschen Landes an Polen

Auch die ostpreussische Nachbarprovinz, deren südlicher Teil ebenfalls durch polnischen Gebiets Hunger bedroht ist, hat in einer machtvollen Kundgebung am 30. März sich mit dem Deutschland Westpreußens und Posen solidarisch erklärt und gegen die Abtretung Danzigs, des Weichseltales und überhaupt deutschen Landes an Polen entschiedensten Einspruch erhoben. Aus den zahlreichen Reden, die unter freiem Himmel vor einer vieltausendköpfigen Menge gehalten wurden, geben wir die folgenden wieder.

Nach einleitenden Worten sprach der Reichskommissar für die besetzten Gebiete des Ostens, August Winnig, etwa das folgende:

Alle die Tausende, die heute hier zusammengekommen sind, bezeugen ein Gedanke. Sonst gehen sie alle mit ihrem Denken und Meinem auseinander: Der eine denkt trauernd an das alte Reich in seiner Macht und seinem Reichtum, mit seiner Gebundenheit und seinen Ständen unterschieden, mit seinen weitausschauenden Plänen und seinen weltpolitischen

Hoffnungen. Der andere blickt stolz trotz aller Not des Augenblicks auf das Ergebnis der großen Umwandlung, die sich in Deutschland vollzogen hat und fiebert danach, den Geist der neuen Ordnung weiter zu bilden und wirksam zu machen, und ist willens, abseits aller Machtgedanken eine neue Lebensform für Land und Volk zu finden. Ja, wenn alle, die hier versammelt sind, ihre Ansichten und Wünsche für die deutsche Zukunft aussprechen wollten — es würde wahrlich keinen Einklang ergeben. Wir würden finden, daß wir uns darin zu weit von einander entfernen, daß die äußersten Flügel sich kaum noch sehen können. Und doch sind wir heute, so viele unser sind, in einem Gedanken einig und in diesem einen Gedanken hier zusammen gekommen: Es soll kein deutsches Land polnisch werden!

Wir haben uns zusammengefunden, weil die Not der Stunde zu groß ist, um weiter unseren kleinen Hader auszutragen. Was nützt uns aller Streit der Meinungen über die Ausgestaltung und Ausschmückung unseres Hauses, wenn wir die große Gefahr nicht abwenden können, daß der wahnsinnige Übermut der Sieger ganze Flügel dieses Hauses uns entreißt — daß er uns den Grund nimmt, auf dem wir wieder aufbauen müssen?

Wie furchtbar hat das Schicksal uns geschlagen! Unsere Waffen, unsere Eisenbahnen, unsere Pflüge, unsere Schiffe hat man uns genommen. Unser Gold hat man unserer Verfügung entzogen. Unsere gefangenen Brüder quält man, und wir können ihnen nicht helfen. Im Westen will man uns altes deutsches Land entreißen. Schwarze Banden vom Senegal bevormunden dort deutsches Volk. Nun will man uns auch im Osten alte, längst mit dem Reichskörper verwachsene Glieder abtrennen. Was in Jahrhunderten durch deutschen Geist und deutsche Arbeit deutsch geworden ist, das will uns wahnsinniger Übermut nehmen. Uns will man es nehmen und es einem Volke geben, das bisher nur das bewiesen hat,

daß es nicht staatenbildend ist. Millionen deutscher Bürger sollen der Herrschaft eines unerzogenen übermütigen Volkes ausgeliefert werden. Blühende, durch deutsche Arbeit blühend gemachte Gefilde und Städte sollen im polnischen Schmutz ersticken, durch polnisches Unvermögen zugrunde gehen. Ich spreche hier und heute nicht von dem künftigen Verhältnis unseres Landes zu Polen. Aber das ist gewiß, es kann nie etwas anderes als tiefste Feindschaft zwischen uns und einem polnischen Staate herrschen, dem deutsche Gebiete zugesprochen worden sind. Ich spreche auch nicht von dem Rechte, das wir im Frieden haben wollen. Wir haben im Herbst die Waffen niedergelegt, vertrauend auf das Wort Wilsons, der uns einen Frieden der Gerechtigkeit versprochen. Wir mögen nach dem, was man uns bisher angetan hat, nicht mehr an dieses Wort denken. Es wird für alle andern Völker Gerechtigkeit geben, aber nicht für uns. Uns will und wird man so tief herabdrücken, wie man kann, wie es die Gegensätze der Sieger und unser Widerstand zulassen. Aber ich spreche von der Hoffnung der Völker, daß jetzt allendlich das blutige Vernichten beendet sein soll — daß die Menschheit nun den Frieden erhält, der ihr Gelegenheit geben soll, ihre zerrüttete Kultur wieder aufzurichten. Von dieser Hoffnung will ich sprechen und sagen: Es gibt keinen Dauerfrieden, wenn deutsches Land polnisch wird!

Nie, nie, nie werden wir uns mit der Wegnahme deutschen Landes abfinden, und stets kann es für uns nur das eine Ziel geben: Es wieder zu gewinnen.

Wir müssen aber wissen, daß die Dinge für uns ungünstig stehen. Fehler, begangen von einem Manne, den der liebe Gott in seinem Zorn einmal für einige Wochen in die preussische Regierung geschickt hatte, haben Tatsachen geschaffen, die uns heute in der Provinz Posen im Wege liegen. Jene charakterlose Nachgiebigkeit hat den Übermut der Polen so wachsen lassen, daß sie jetzt die Hand nach Danzig und

Westpreußen ausstrecken. Wir können den Polen nur sagen: Hände weg von Danzig! Das wollen wir so laut und deutlich sagen, daß man es auch in Paris hört. Dies „Hände weg!“ rufe ich den Polen und Polenfreunden zu, nicht nur als einen Protest, sondern als eine Warnung. Ich bin gestern und vorgestern in Danzig gewesen und bin gewiß — es herrscht dort ein Geist, der eine Landung polnischer Scharen zu einem recht gefährlichen Experiment machen würde. Und dieser Geist wird zur Tat werden, wenn man es trotz aller Warnungen wagen würde.

Seien auch wir in Ostpreußen einig in diesem Geiste. Wir wollen keinen Frieden, der deutsches Land polnisch macht. Die deutsche Hand sollte verdorren, die einen solchen Frieden unterschreibt. Und das schöne ostpreußische Land, dieser uralte, felsenfeste, sturmerprobte und doch letzte Damm einer Kultur, die nicht nur, was deutscher Zunge ist, sondern überhaupt was Menschenantlitz trägt, zur Ehre gereichen sollte, dieser stets opferwillige Vorposten der europäischen Zivilisation soll vom Mutterlande abgeschnürt werden. Das soll geschehen gerade in dem Augenblicke, in dem das gemeinsame europäische Kulturwerk von einer neuen ungeheuren Gefahr bedroht wird, von der Gefahr durch den Drachen des Sozialismus asiaticus verschlungen zu werden.

In dieser tragischen Stunde seiner an Zeiten der Nöte und Opfer, aber auch an Zeiten des erhebenden Ruhmes überreichen Geschichte blickt das deutsche Volk geschlossen und entschlossen ins Antlitz seiner Feinde und in die Zukunft. Das jetzige Geschlecht wird sich seiner Vorahren würdig zeigen, jener Menschen germanischen Blutes, die die frech gewordenen Römer bezwangen, die den mongolischen Horden die Stirn boten, die die Leiden des dreißigjährigen Krieges überwandten, und die noch vor einem Jahrhundert aus dem Nichts der napoleonischen Herrschaft schon einmal die übermenschliche Probe der Selbstbefreiung vor der Welt und der Geschichte geliefert haben.

Nein, Vorposten wollen wir bleiben, aber verlorenen Posten wollen wir nicht werden! Und deshalb bitte ich Sie, mit mir in den Ruf einzustimmen: „Das einige, freie deutsche Vaterland, es lebe hoch!“

Hoch! Hoch! Viele tausend Stimmen gaben begeistert Antwort.

Oberpräsident v. Batocki, den ebenfalls eine mehrtausendköpfige Menge umstand, führte folgendes aus:

In Schicksalstagen, wie solche die deutsche Ostmark jetzt durchlebt, soll man immer bestrebt sein, die Gefahren, die uns bedrohen, nicht als Einzelercheinungen, sondern als Teile des ganzen Weltgeschehens zu betrachten. Ostpreußens deutsches Schicksal ist von jeher von den Beziehungen zu dem uns an einer langen, ungeschützten Landgrenze berührenden Slawentum abhängig gewesen. Das russische Riesennetz war nach der Einverleibung des größten Teils von Polen zur Vormacht des gesamten Slawentums geworden. Wie jede im Innern unter dem starken Druck eines absoluten Herrschers stehende Großmacht wurde Rußland auf den Weg ständiger Ausdehnung seines Riesengebietes, ständiger Unterwerfung neuer Stämme gedrängt. Rußland war, ebenso wie in etwas anderer Art England und Frankreich, ein Staat imperialistischer, auf gewaltsame Eroberung ausgehender Expansionspolitik, also der Politik, die das im Frieden jahrelang vorbereitete, und im Kriege bis zur Vollendung ausgebaute Lügensystem unserer Feinde dem deutschen Volke wahrheitswidrig angedichtet hatte.

Unser deutsches, vor allem unser ostpreußisches Schicksal, hing davon ab, ob die russische Ausdehnungssucht sich mehr nach Europa gegen uns und unsere österreichischen Verbündeten oder nach Asien gegen Indien und Japan richtete. Der meisterhafte Schachzug Englands, die russische Eroberungslust nach Nordosten in das Interessengebiet Japans abzulenken, und dort durch Japan Heer und Flotte gründlich niederschlagen zu lassen, lenkte

die russische Ausdehnungssucht endgültig nach Westen. Der Gedanke des Panславismus, der Bildung eines vom russischen Zarentum geführten, alle mit den Slawen im Gemenge lebenden fremden Volksteile rücksichtslos unterdrückenden slawischen Weltreiches verbreitete sich durch russische Schlaueit und den russischen Rubel über ganz Osteuropa. Im Bunde mit den rachedürstenden französischen Imperialisten, und wohlwollend unterstützt durch die machtlüsternden, klugen Weltpolitiker in London, rüstete sich das russische Zarentum zum Entscheidungskampf. Mit Bangigkeit sahen wir Ostpreußen, wie Rußland mit französischem Gelde und unter französischer Aufsicht immer neue Waffenplätze und neue Kriegseisenbahnen an unsere Grenze trug, wie es immer gewaltiger, immer besser ausgerüstete Heeremassen an unserer Grenze versammelte. Wir ahnten, daß es zum Entscheidungskampf um unsere Existenz kommen würde. Der Krieg kam. In vierjährigem Heldentum des Kampfes und Leidens haben wir die slawischen Völker vom Joche des Zarentums befreit, bis wir der Übermacht unserer Feinde erlagen. Nach jener Befreiung ist von uns der Versuch gemacht worden, mit der nach Westen hinneigenden Minderheit des Polenvolkes ein Bündnis anzubahnen, das uns vom Alp des Panславismus befreien sollte. Der Versuch ist gescheitert. Er mußte scheitern, weil er auf den Gedanken der Dankbarkeit der Völker gegründet war und weil nur deutsche Harmlosigkeit im Weltgeschehen auf die Dankbarkeit der Völker bauen konnte. Alle schönen Worte vom Kampf nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die deutschen Herrscher, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit denen die Führer unserer Feinde während des Krieges unsere innere Geschlossenheit zu zermürben gewußt haben, sind vergessen, nachdem ihr Zweck erreicht ist. Glatte Macht- und Herrschbegier, rücksichtslos Unterdrückungssucht gegen alles, was deutsch ist, tritt uns entgegen. Das Deutschtum unserer

Ostmark vor allem soll zerstückelt, unterworfen und vernichtet werden. Gerade wir in Ostpreußen müssen, wenn wir als Glied des Deutschen Reiches lebensfähig bleiben wollen, auf ein gut nachbarliches Verhältnis ebenso zu Rußland, Litauen und dem Baltischen Lande, wie auch zu dem durch uns zur Selbstständigkeit gelangten polnischen Staatswesen entscheidenden Wert legen. Die augenblickliche Gemeinsamkeit unserer Front mit den Polen gegen den russischen Bolschewismus sollte verständigerweise ein Symbol der in dem beiderseitigen Interesse liegenden guten Nachbarschaft sein. Wir müssen unsererseits alles daran setzen, um durch Entgegenkommen zu erreichen, daß die Einsicht auch in Polen über die jetzt alles beherrschende Blut nationaler Leidenschaft einmal siegt.

Aber gerade weil ein künftiges, gutnachbarliches Verhältnis auch unser Lebensbedürfnis ist, müssen wir jene Entscheidung verhindern, die zurzeit irreführende polnische Ländergier fordert und die das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen für ewig vergiften müßte.

Die Absplitterung von Teilen unserer Provinz, die trotz fremder Muttersprache eines Teiles ihrer Bewohner seit Jahrhunderten deutsch gewesen sind, die deutsch fühlen und erklärt haben, deutsch bleiben zu wollen für Kinder und Kindeskinde, die Abschneidung Ostpreußens vom Reich durch Polnischwerden Danzigs und eines Gebiets von dort bis nach Posen, die Unterwerfung von Hunderttausenden, ja von Millionen Deutscher unter polnische Herrschaft, alles das wären Eingriffe, die unseren Lebensnerv treffen, unsere Lebensfähigkeit vernichten und denen wir uns deshalb mit der letzten Kraft einmütig und geschlossen entgegenstellen müssen und werden. Unsere westpreussischen Brüder haben den Entschluß bekundet, ihr Letztes daran zu setzen, um dies Unheil von sich abzuwenden. In dieser Stunde vereinigen sich Ostpreußen in allen Kreisen und Gemeinden, Männer und Frauen aller Parteien und aller Be-

rufsstände zur Kundgabe des gleichen unverbrüchlichen Entschlusses. Unsere Kundgebung soll den Männern, die für die Zukunft Deutschlands in dieser Schicksalsstunde verantwortlich sind, die Entschlußkraft stärken. Sie soll über die Grenzen dringen zu den Machthabern und zu den Völkern unserer Feinde und der Polen selbst, und soll ihnen klar machen, daß sie Verderben säen für alle Zukunft, wenn sie die nationale Existenz von Millionen Deutscher vernichten wollen. Sie sollen empfinden, daß die Deutschen in der Ostmark auch nach allem Furchtbaren, was sie gelitten haben, entschlossen sind, lieber unterzugehen als in ewiger Knechtschaft zu leben.

Ein Jubelruf waren die diese Rede erdenndmachenden Hochrufe.

Ähnlich diesen Reden klangen auch die der anderen Herren aus; ihnen allen aber war das eine gemein: schmerz-bitterster Groll, der, herausempfundener aus zutiefst erschrecktem Herzen, brennenden Zorn in die Lager all derer wirft, die einem bis in möglichste Not geratenen Volke auch noch das Letzte, die allschützende Heimat, nehmen wollen. Mütter, die um die Zukunft ihres Hauses und der ihrer Kinder lebten, hörte man, aufgehend in den Reden, verhalten schluchzen. — Und wieder war's die rechte Faust, die wie um einen Falt suchend, sich zuckend ballte! —

Als Willensakt, der hier im Innersten empörten versammelten Menschenmassen, wurde dann von allen Rednern folgende Entschliebung verlesen, die unter Zustimmung der Protestversammlung an Wilson und die Regierungen und Völker aller zivilisierten Staaten der Welt mittels Funkpruch übermittelt wurde:

An den Präsidenten Wilson und die Regierungen und Völker aller zivilisierten Regierungen und Völker der Welt!

Die Entente beabsichtigt den Polen das zu 97 Prozent deutsche Danzig und einen 100 Kilometer breiten Streifen beiderseits der Weichsel von Thorn bis Danzig zu überlassen. Dies bedeutet wiederum grobe Mißachtung des Selbstbestimmungs-

rechts der Völker, das vom Präsidenten Wilson als Grundbedingung für den Frieden verkündet worden war. 4½ Jahre lang ist von der Entente dieses Selbstbestimmungsrecht der Welt als Kriegsziel verkündet worden. Allein im Vertrauen auf dieses Recht hat das deutsche Volk sich zum Frieden bereit erklärt. Durch die Abtretung des deutschen Danzig und der Weichselufer oder auch nur durch die Schaffung einer polnischen Stappenstraße würde Ostpreußen vom Deutschen Reiche abgeschnitten und dem russischen Bolschewismus in die Arme getrieben werden. Das erste Stück der alten zivilisierten Welt würde damit der russischen roten Armee zum Opfer fallen.

Dieser Mißerfolg Lenins und Trozkis, der den Untergang unserer Heimat bedeutete, würde dem Gedanken der bolschewistischen Weltrevolution in erhöhter Weise vorwärts helfen und damit alle zivilisierten Staaten der Erde in den Grundfesten ihrer Kultur erschüttern.

Ostpreußen fordert daher im eigenen und allgemeinen Interesse aller Kulturstaaten der Erde, daß Danzig und das Weichseltal bei Deutschland verbleiben, und daß Ostpreußen niemals zum Gegenstand polnischer Annexionsforderungen gemacht werde. Deshalb Hände weg von Ostpreußen. Ostpreußen ist deutsch durch 700jährige Kultur und soll es auch bleiben. Eine Besiznahme westpreussischer Gebietsteile oder eine Abtretung ostpreussischen Bodens wäre ein maßloser Eingriff in die Reichseinheit, gegen den wir ebenso scharf Verwahrung einlegen, wie gegen eine Landung polnischer Truppen.

Auch die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatten im Gewerkschaftshause eine Versammlung anberaumt, die sehr gut besucht war. Deren Protest fand seine Spitze ebenfalls in der Auflehnung gegen polnische Annahung, führte dann allerdings noch aus, daß, um den Ententeimperialismus erfolgreich abdammen und ihn letzten Endes ganz vernichten zu können, ein Bündnis mit dem Sowjet-Rußland Verbindung wäre.